

Gemeinwohl, Demokratie und Gute Arbeit in der digitalen Gesellschaft

ULD Sommerakademie

Kiel

10.09.2018



Annette Mühlberg

Leiterin ver.di-Projektgruppe Digitalisierung

Bereich Politik und Planung: Digitale Arbeit, Netzpolitik, E-Government

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Berliner Manifest:

Die Daseinsvorsorge in der Informationsgesellschaft stärken!

1. Grundversorgung und offener Zugang!
2. Wissen teilen, Wissen mehrern!
3. Keine Privatisierung öffentlicher Güter im virtuellen Raum!
4. Selbstverwaltung und öffentliche Steuerungsfähigkeit stärken!
5. Verlässliche demokratische Verfahren und Standards!
6. eGovernment mit offenen Standards!
7. Kritische Infrastrukturen sichern!
8. Daten- und Persönlichkeitsschutz verwirklichen!
9. eDemokratie für ArbeitnehmerInnen, Mitbestimmung stärken!
10. Öffentliche Daseinsvorsorge nicht IT-Lobbyisten überlassen!

Das war 2008; jetzt folgt das Update 2018: „Gemeinwohl und Gute Arbeit in der digital vernetzten Gesellschaft“

Ich habe Geld und will mehr: Ich baue eine *smarte* Stadt

Akteur: Individuum

The screenshot shows a web browser displaying a CBS News article. The main headline reads "Bill Gates spends \$80 million to create a 'smart city' in Arizona". The article text discusses an investment firm run by Microsoft founder Bill Gates buying 25,000 acres in Arizona for a planned community. A video player is visible at the top, showing Bill Gates on a CBS This Morning segment titled "GLOBAL GOALKEEPERS". To the right of the article is a "Market Data" section with a line chart for NASDAQ and a table of market indices.

Bill Gates spends \$80 million to create a "smart city" in Arizona

30 Comments / f Share / t Tweet / Stumble / Email

What do you get for the man who has everything? His own city, apparently.

An investment firm run by Microsoft founder Bill Gates is buying up 25,000 acres in Arizona to create a planned community.

The firm, Belmont Partners, has spent \$80 million to launch development on a large plot of land that is about 45 minutes west of downtown Phoenix, in a region called the West Valley. The proposed community will be roughly the size of Tempe, Arizona, according to Belmont -- 40 square miles and about 160,000 people.

The site lies on the route of a proposed highway, I-11, that would connect it to Phoenix.

Market Data

Enter Ticker Symbol or Company Name

NASDAQ: Nov 16, 2017

Symbol	Last	Change	% Change
DOW	23,459.76	+188.48	+0.81%
NASDAQ	6,785.38	+79.17	+1.18%

CBSN Watch Now >

Screenshot, 16.11.17

Annette Mühlberg
Leiterin ver.di-Projektgruppe Digitalisierung
Bereich Politik und Planung: Digitale Arbeit, Netzpolitik, E-Government



Ich habe Geld und will mehr: Ich baue eine *smarte* Stadt

Akteur: Unternehmen



The screenshot shows a web browser window with the URL www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kuenstliche-intelligenz/google-mutterkonzern-baut-eine-intelligente-stadt-15252637.html. The article title is „SMART CITY“ Hier baut Google die intelligente Stadt. The author is Roland Lindner, and the article was updated on October 20, 2017, at 22:07. The main image is a panoramic view of a city skyline, likely New York City, with the Chrysler Building and the Empire State Building visible. Below the image, the text reads: „Viele Roboter, wenige Autos und Müll und Pakete werden unterirdisch transportiert: Der Technologiekonzern Alphabet hat sich eine Metropole für sein nächstes großes Projekt ausgesucht. Darum geht es.“

Screenshot, 16.11.17

Annette Mühlberg
Leiterin ver.di-Projektgruppe Digitalisierung
Bereich Politik und Planung: Digitale Arbeit, Netzpolitik, E-Government



Ich habe Geld und will mehr: Ich baue eine *smarte* Stadt

Akteur: Staat

„**Saudi-Arabien plant, eine neue, futuristische Mega-Stadt** mitten im Nichts zu errichten. "Neom" soll gar ein eigenes Staatsgebiet werden, in dem nahezu alles automatisiert und IT-basiert ablaufen soll. Auch der Verkehr.

Utopia wird Realität. Zumindest wenn es nach Mohammed bin Salman geht, dem Kronprinz Saudi-Arabiens. Der Thronfolger in dem islamischen Gottesstaat hat "Neom" vorgestellt. **"Neom" soll auf 26.500 Quadratkilometern in der Wüste und am Roten Meer eine vollkommen neue Stadt, ein Technologiepark mit Ausrichtung auf komplette Digitalisierung werden.** Die Fläche entspricht beinahe der Größe des Bundeslands Brandenburg.“ (16.11.17, Hervorhebung AM)

Quelle: <https://www.springerprofessional.de/smart-cities/industrie-4-0/neue-mega-stadt-neom-wird-digital-by-design-/15182336>,

Wir haben wenig Geld: Wir verkaufen Teile unserer Stadt

Akteur: Öffentliche Hand

- Auslagerungen von Dienstleistungen
- Privatisierungen
- Immobilien- und Landverkauf

Zudem verfügen wir selten über eine Strategie, wie wir bspw. die Marktmacht, die wir über Vergaberichtlinien haben, für soziale, gemeinwohlorientierte Ziele nutzen.

Wir brauchen eine Vision für gemeinwohlorientierte digital vernetzte Städte und Regionen!

1. Grundversorgung und offener Zugang

- Glasfaserausbau dringend vorantreiben
- Internetzugang und Teilhabe für alle
- Erhalt der Wahlfreiheit: Niemand darf zur Nutzung eines elektronischen Postfachs/Bürgerkontos genötigt werden,

Zugang für alle = Mehrkanalsystem:

Gute Dienstleistungen von „Mensch zu Mensch“ erhalten

...und in Personal- und Kostenplanung einkalkulieren

- **Bargeld** weiterhin als Zahlungsmittel im Amt gewährleisten
- **Anonyme (online-)Bezahlsysteme fördern** (unter Beachtung der Geldwäscheproblematik)

2. Wissen teilen, Wissen mehr. Innovative Angebote der öffentlichen Hand: Gute Tools für alle!

- Zugang zu Wissen/ öffentliche Bildungsserver; Verbreitungsmöglichkeiten durch offene Nutzungslizenzen, die den Interessen der Urheber und Nutzer gerecht werden; keine Privatisierung der Bildung durch private (online-)Lehrmittel; öffentliche Fab Labs, Maker Spaces
- **Öffentliche Unterstützung bei der Verbreitung und Förderung von Alternativen zu WhatsApp und Google Docs im Sinne des Verbraucher-, Beschäftigten- und Grundrechtsschutzes**
- Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen für deutsche Unternehmen - Durchsetzung deutschen/europ. Rechts bei ausländischen Anbietern

3. Keine Privatisierung öffentlicher Güter im virtuellen Raum. Schaffung neuer Gemeingüter!

- Open-Data-Strategie nötig für alle Daten „öffentlicher Relevanz“ - der öffentliche Verwaltung und private Unternehmen Daten beisteuern; Schaffung einer „Datenallmende“ / Public-Private Commons
- Vom öffentlichen Raum erhobene Daten (z.B. Verkehrs- u. Umweltdaten) dürfen nicht privatisiert werden, sondern gehören der Öffentlichkeit
- **Nur Daten, die nicht personenbeziehbar sind (auch nicht im Kontext von Big Data), werden Teil von Open Data**
- ÖD benötigt selbst gute Auswertungstools
- Mehr Transparenz schaffen über Vertragsinhalte von hohem öffentlichen Interesse (z.B. zu PPPs)

4. Selbstverwaltung und öffentliche Steuerungsfähigkeit stärken!

- Das neue Gesetz zur „Verbesserung des Online-Zugangs zu Verwaltungsleistungen“ ist sehr problematisch
- Eine Verknüpfung von Portalen zu einem Portalverbund wäre positiv, eine übermäßige Zentralgewalt des Bundes jedoch nicht
- Die **Selbstverwaltung der Kommunen** darf nicht gefährdet werden
- Keine Privatisierung der Gestaltung öffentlicher Räume
- Demokratische Regeln für Basisinfrastrukturen
- **Steuerungsfähigkeit** erhalten: **Kein Ausverkauf der Städte!**

5. Verlässliche demokratische Verfahren und Standards!

Kein Leben nach Scoring Punkten!

- Gleichbehandlung und Diskriminierungsfreiheit im Rahmen der für den Menschen notwendigen Dienstleistungen
- **Ob Essen, Kultur, Strom oder elementare Versicherungen - man muss sich im digital vernetzten Raum frei bewegen können, ohne Zwang zu üblem Kuhhandel: Grund- und Verbraucherrechte gegen Zugang zu Dienstleistungen (Strom, Fernsehen, Gesundheits-/Autoversicherungen)**
- Strukturelles Verhindern von Social Scoring à la China, missbrauchsresistente Infrastrukturen
- ÖD ist Vorbild für „**privacy by design**“ z.B. bei ÖPNV, Bürgerkonto, Gesundheitsinfrastruktur

6. Technologische Souveränität, öffentlich relevante Infrastrukturen mit offenen Standards!

- Netzneutralität und offene Standards, bspw. bei Dokumentformaten, Signaturen, Softwareanwendungen für problemlosen technischen Austausch sowie Wettbewerb kommerzieller Ausstatter; Open Source dient der Nachvollziehbarkeit und Sicherheit
- **Die digitalen Infrastrukturen des Staates dürfen nicht in Abhängigkeit von Herstellern geraten; Lock-in-Effekte müssen vermieden werden**
- Öffentliche Seiten dürfen **keine kommerziellen Suchfunktionen** haben oder Schriftfonts etc. von kommerziellen Anbietern nachladen von (z.B. Google)

6.1 Keine kommerziellen Suchfunktionen auf öffentl. Seiten

The screenshot shows a web browser window displaying the website 'Klinik für Geburtsmedizin' (Charité University Hospital Berlin). The page features a search bar with the text 'Suche' and a 'suchen' button. The navigation menu includes 'AKTUELLES', 'KLINIK', 'SCHWANGERE', 'ÄRZTE & HERABAMMEN', and 'FORSCHUNG & LEHRE'. The main content area is titled 'Pränataldiagnostik' and contains text about the clinic's services and a list of investigations offered in prenatal diagnostic consultations. The footer includes a cookie consent banner and a timestamp of 18:06 on 23.04.2017.

CHARITÉ UNIVERSITÄTSMEDIZIN BERLIN

WANGEN-ERATUNG

Entbindung Kreißsaal

Suche | Glossar | Impressum

Google- suchen

CC BY-NC-ND/4.0

CC BY-NC-ND/4.0

» Startseite / Schwangere / Sprechstunden / Pränataldiagnostik (Ultraschall und invasive Untersuchungen)

Pränataldiagnostik

Die Klinik für Geburtsmedizin der Charité verfügt als DEGUM III Zentrum (Prof. Dr. med. W. Henrich) über ein umfangreiches diagnostisches und therapeutisches Angebot. In mehreren Sprechstunden beantworten wir Ihnen Fragen zur vorgeburtlichen Diagnostik. Neben der Betreuung von unauffälligen Schwangerschaften haben wir uns auf Risikoschwangerschaften spezialisiert. Wir legen großen Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Frauenärztinnen und Frauenärzten.

In unseren pränataldiagnostischen Sprechstunden bieten wir Ihnen folgende Untersuchungen an:

- Ersttrimester-Screening hinsichtlich Chromosomenstörungen
- Frühe Fehlbildungsdiagnostik
- Feindiagnostik und Organschall im 2. Trimester
- Überwachung von Mehrlingsschwangerschaften
- Ultraschall des Gebärmutterhalses zum Abschätzen des Frühgeburtsrisikos
- Dopplersonographie der mütterlichen und kindlichen Durchblutung
- Wachstumskontrolle und Dritt-Trimester-Screening
- Fetale Echokardiographie (Herzdiagnostik)
- Fetale Neurosonographie (Gehirndiagnostik)
- Ultraschallkontrollen bei Risikoschwangerschaften durch mütterliche Erkrankungen
- Differenzierter Ultraschall bei Fehlbildungen und konsiliarische Beratung mit Neonatologen und ggfs. weiteren Spezialisten der Charité (Kinderkardiologen, Herzchirurgen, Kinderneurochirurgen, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgen, Genetiker)
- Invasive Diagnostik (Amniozentese - Fruchtwasseruntersuchung, Chorionzottenbiopsie - Plazentaprobeentnahme, Chordozentese - Nabelschnurblutentnahme)
- Intrauterine Therapie bei fetaler Anämie (Blutarmut) durch Bluttransfusion und bei fetalen Herzrhythmusstörungen durch Medikamentengabe
- Anlage von intrauterinen fetalen Drainagen, Fruchtwasserentlastung und Auffüllung
- Zweitmeinung bei auffälligen Befunden.

Zum Ersttrimesterscreening und Dopplersonographie erhalten Sie weitere Informationen unter den Links.

Diese Website nutzt Cookies, um bestmögliche Funktionalität bieten zu können. [Mehr Infos](#) Ich bin einverstanden.

Screenshot, 23.04.17

7. Kritische Infrastrukturen sichern!

- Ob Krankenhäuser, Finanzwesen oder Hartz IV-Vergabestellen - die Nutzung von IT darf weder selbst zur Gefährdung dieser Einrichtungen (durch Online-Manipulation) führen, noch dürfen Einrichtungen, die der Grundversorgung dienen, derart von IKT abhängig sein, dass, bspw. durch einen anhaltenden Stromausfall, notwendige Dienste gar nicht erbracht werden können
- Ausgefeilte IT-Architektur nötig plus
- **Plattformökonomie checken auf kritische (Versorgungs-)Strukturen**
- **„Manuelle Back-Up-Systeme“ bereitstellen**
- **Ausreichendes digital und analog geschultes Personal**

8.1 Daten- und Persönlichkeitsschutz verwirklichen!

- Geschäftsverfahren, des alltäglichen Lebens, dürfen nicht die Preisgabe persönlicher Daten verlangen

Jede/r muss an der Online-Welt partizipieren dürfen, ohne auf sein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und den Verbraucherschutz verzichten zu müssen

- Staat muss Verfahren entsprechend prüfen; Zertifizierung von Kommunikationsgeräten und Software (keine Überwachungsfunktionen)
- **Beschäftigtendatenschutzgesetz** endlich einführen und auch auf **Online-Plattformarbeit** ausrichten; vor der Einführung digitaler Arbeitsprozesse und "intelligenter" Tools Rechte und Bedürfnisse der Beschäftigten beachten

8.2 Beschäftigtendatenschutz verwirklichen!

- Beschäftigtendatenschutz auf neue Techniken ausrichten:
 - Grundsätzlich auf Autonomie und Selbstbestimmung achten:
Keinen Zustand permanenter Kontrolle und „Bewährung“ erzeugen
 - **Arbeitgeber, wie z.B. von Call Centern, dürfen nicht die „Emotion“ der Mitarbeiter/innen messen und – mittels Künstlicher Intelligenz - daran die Vergabe von Aufträgen knüpfen**
 - **Kein Zwang zur Cyborgisierung:
Beschäftigte dürfen nicht verpflichtet werden, ihre Körper durch Technik für die Arbeitswelt zu optimieren**
(z.B. durch Körperimplantate, wie bspw. bereits Praxis in Schweden)



Real-time conversational guidance

Cogito detects human signals and provides live behavioral guidance to improve the quality of every interaction.



The
Economist

MARCH 2017 - APRIL 6TH 2018

How Brexit threatens Northern Ireland
Trump and trade: the danger of the deal
Iraq, on the right track at last
If bees could talk

AI-spy



Artificial intelligence in the workplace
A SPECIAL REPORT

The Economist,
31. März 2018



9.1 Mitbestimmung stärken!

- **Gewährleistung der Koalitionsfreiheit und des Rechts, sich betrieblich gewerkschaftlich zu betätigen - auch in der digital vernetzten Welt mit veränderter Arbeitsorganisation:**
 - **Zugang für Beschäftigte, PR/BR sowie Gewerkschaften zum Intranet und E-Mail-System der Verwaltungen, Betriebe und Online-Plattformen**
- **Zentrale Technikeinführung – lokale Mitbestimmung: Regelung für das Zusammenwirken von Personalräten aus Bund, Ländern und Gemeinden, die ein Maximum praxisnaher lokaler Mitbestimmung ermöglicht; Mitbestimmung darf nicht durch Zentralisierung beschnitten werden**
- **Gewerkschaft in die Arbeit z.B. des IT-Planungsrates einbinden**

9.2. Mitbestimmbarkeit gewährleisten!

- Voraussetzung der **Mitbestimmbarkeit**:
Transparenz der Algorithmen, der programmtechnischen Systeme und Verfahren, die die Arbeitsabläufe und -organisation betreffen
- Aufbau von Software und algorithmus-basierten Entscheidungsabläufen darf keine technologische Black Box sein
(Beispiel New York: *Public Agency Algorithmic Impact Assessment*)
- **Funktionsweise und mögliche Konsequenzen der Softwaregestaltung müssen nachvollziehbar und veränderbar sein**
- In Software eingebettete Diskriminierung verhindern, positive Zielsetzungen „Guter Arbeit“ und Gemeinwohlorientierung integrieren

9.3. Gute Arbeit fördern!

- Qualifizierung vorantreiben: Weiterbildung muss ein zentraler Bestandteil vorausschauender Personalplanung sein
- Gesunde Arbeit fördern:
 - Ausreichendes Personal (das macht auch die Bürger glücklich, denn es fördert die zeitnahe Bearbeitung von Online-Terminen immens 😊)
 - Recht auf zeitweilige Telearbeit und Recht auf „log off“ (Nichterreichbarkeit)
 - Mindestmaß an ganzheitlichen Arbeitsinhalten
 - Mehr Selbstbestimmung, weniger Überwachung: Keinen Zustand permanenter Kontrolle und „Bewährung“

10. Gemeinwohl nicht IT-Lobbyisten überlassen!

- Der öffentliche Dienst sollte selbst innovativ vorgehen und neue Kooperationen suchen, z.B. Online-Plattformen selbst betreiben oder z.B. mit Online-Plattform-Genossenschaften zusammenarbeiten
- Dem Unterbietungswettbewerb bzgl. Arbeits- und sozialer Standards entgegentreten, politische Steuerungsfähigkeit zurückerlangen, die finanzielle Grundlage der Daseinsvorsorge sichern („tax by design“)
- Persönlichkeitsrechte – die Voraussetzung von Demokratie und Meinungsfreiheit - nicht zum Spielball von Geschäftsmodellen machen; die DSGVO ist erst ein erster Schritt.
Wir brauchen ein Beschäftigtendatenschutzgesetz!

Fragen?

Gern!



Mehr auf unserer Webseite:
verdi.de/themen/digitalisierung



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft